

Fragebogen zu den Nationalratswahlen 2024

Stellungnahmen der politischen Parteien in Bezug auf pflanzliche Ernährung

1. Soll die Statistik Austria die Anzahl der folgenden Ernährungsgruppen für amtliche nationale Statistiken in Österreich erheben?

- Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d. h. FlexitarierInnen

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: JA

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

FPÖ: NEIN

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „In Österreich werden sogar die Obstbäume statistisch erhoben; das wäre wichtiger.“

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

- Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: JA

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

FPÖ: NEIN

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „selbe Begründung“

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

- Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d. h. VeganerInnen

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Eine Erhebung macht Sinn und damit sie möglichst effizient und kostensparend funktioniert, schlagen wir vor, dass sie als Teil einer bereits bestehenden Erhebung durchgeführt und alle paar Jahre wiederholt wird.“

SPÖ: JA

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

FPÖ: NEIN

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „alles natürlich anonymisiert (fällt unter Art. 8 EMRK)“

KEINE: JA

Erläuterung: „Die Statistik Austria erhebt das Ernährungsverhalten z. B. alle sechs Jahre im Rahmen der Österreichischen Gesundheitsbefragung ATHIS; bei dieser Gelegenheit könnten auch Ernährungsgruppen abgefragt werden. Wenn diese Daten von der Statistik Austria erhoben werden, können diese auch in die Entwicklung von Regierungsprogrammen einfließen. So kann geprüft werden, ob Maßnahmen zur Förderung von gesunder und klimaverträglicher Ernährung greifen.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

2. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Ja, das befürworten wir. So eine Definition sollte möglichst auf EU-Ebene erarbeitet werden, damit sie dann auch für den gesamten Binnenmarkt gilt. Wir würden eine Einteilung entlang folgender Linien befürworten: In veganen Produkten dürfen keine Zutaten und auch keine Inhaltsstoffe, Zusatzstoffe, Hilfsstoffe und dergleichen verwendet werden, die aus Tieren bestehen oder aus Tieren gewonnen werden. Das heißt etwa auch keine Eier, keine Milch, kein Honig und dergleichen. Darüber hinaus müssen dabei alle Bestandteile tierversuchsfrei sein. In vegetarischen Produkten darf

im Unterschied dazu kein tierisches Fleisch verwendet werden. Erlaubt sind jedoch Produkte wie Eier, Milch und Honig, also jene Produkte, die ohne Tötung des Tieres gewonnen werden. Die Details bei der Findung einer allgemeingültigen Definition müssen jedenfalls in Kooperation mit Tierschutzorganisationen und auch mit den Vertreter:innen der veganen und vegetarischen Ernährung erarbeitet werden, denn das sind die Expert:innen auf diesem Gebiet.“

SPÖ: JA

Erläuterung: „Die Definition soll unter Einbeziehung der Nationalen Ernährungscommission erfolgen.“

NEOS: JA

Erläuterung: „Für NEOS steht im Vordergrund, dass Konsument:innen vor einem Kauf gut informiert sind und bewusste Konsumententscheidungen treffen können. Um das gewährleisten zu können, ist eine klare Definierung der Begriffe vegan und vegetarisch von Vorteil, weswegen wir im Parlament einem Antrag, der sich für bessere Verbraucherinformationen auf EU-Ebene einsetzt, zugestimmt haben. EU-weite Regelungen sind in diesem Bereich unserer Ansicht nach zielführender als nationale Alleingänge.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Das wäre wesentlich sinnvoller als der Buchstaben-Salat der Allergene ...“

KEINE: JA

Erläuterung: „Ja. Wir empfehlen folgende Definitionen: Vegetarisch: Das Produkt enthält keine Bestandteile von toten Tieren, also kein Fleisch, Fischfleisch oder andere tierische Bestandteile. Auch in der Produktion wurden keine Materialien von getöteten Tieren verwendet. Vegan: Das Produkt enthält keinerlei tierische Bestandteile und auch in der Produktion wurden keine tierischen Bestandteile verwendet. Grund für diese präzise Definition ist, dass viele Lebensmittel verschleiert tierische Inhaltsstoffe beinhalten, vor allem in der Veredelung: Klärung von Wein und Saft mit Fischblasen und Gelatine, Glanz auf Obst und Gemüse aus Läusen und Wachs. Auch außerhalb des Lebensmittelsektors wäre eine solche Definition sinnvoll, denn in vielen Produkten sind tierische Bestandteile versteckt.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Wir setzen uns für eine Lockerung solcher Bezeichnungsvorschriften auf EU-Ebene ein. Pflanzliche Alternativen sollen wieder als Hafermilch, Sojajoghurt, veganer Cashew-Käse und so weiter bezeichnet werden dürfen. Wir denken nicht, dass eine Verwechslungsgefahr gegeben ist. Und wenn es tatsächlich eine sehr ähnliche Bezeichnung eines tierischen Produkts geben sollte, dann kann das ganz einfach gelöst werden, indem man die Bezeichnung „vegan“ davorstellt.“

SPÖ: JA

NEOS: JA

Erläuterung: „Für NEOS liegt der Fokus auf Konsument:innenbildung und Konsument:inneninformation. Solange sichergestellt ist, dass Konsument:innen durch die Produktbezeichnung wissen, was sie kaufen, ist die Diskussion rund um die konkrete Bezeichnung im Einzelfall sekundär.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Konsument:innen sind klug genug, um zu wählen; sie kaufen ja auch Sonnen-„Milch“ ohne diese zu trinken ...“

KEINE: JA

Erläuterung: „Begriffe wie Milch, Joghurt und Käse beziehen sich oft auf einen bestimmten Herstellungsprozess, bestimmte Einsatzmöglichkeiten und bestimmte Nährstoffe. Wir würden eine dahingehende begriffliche Definition befürworten. Außerdem haben sich Begriffe wie Sojamilch, Hafermilch und Soja-Joghurt de facto in der Gesellschaft etabliert; das sollte sich auch im Gesetz widerspiegeln.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

4. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Üblicherweise werden diese Produkte ja nicht einfach nur als „Schnitzel“ bezeichnet, sondern zum Beispiel als veganes Seitan-Schnitzel. Es ist daher aus unserer Sicht keine Verwechslungsgefahr mit einem Schweins- oder Kalbsschnitzel gegeben. Es liegt daher aus unserer Sicht keine Verwechslungsgefahr mit einem Schweins- oder Kalbsschnitzel vor.“

SPÖ: JA

NEOS: JA

Erläuterung: „Für NEOS liegt der Fokus auf Konsument:innenbildung und Konsument:inneninformation. Solange sichergestellt ist, dass Konsument:innen durch die Produktbezeichnung wissen, was sie kaufen, ist die Diskussion rund um die konkrete Bezeichnung im Einzelfall sekundär.“

FPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Begriffe, die Verarbeitungsformen beschreiben, sollen verwendet werden dürfen. Keinesfalls darf dem Konsumenten jedoch ein falscher Produktinhalt suggeriert werden.“

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Selbe Begründung wie oben; das „Gemüse-Schnitzel“ findet sich in vielen Lokalen: Nur die ÖVP scheint nicht zu verstehen, was ihre Mandatäre essen ...“

KEINE: JA

Erläuterung: „Ja. Auch diese Begriffe sind Beschreibungen von Zubereitungsarten. So können Schnitzel sowohl mit Kalbsfleisch als auch mit Kohlrabi gemacht werden.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert.

5. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: JA

NEOS: JA

Erläuterung: „Milchalternativen sind mehr als ein Lifestyle-Produkt, sondern stellen für viele Menschen, u. a. aus gesundheitlichen Gründen, ein Grundnahrungsmittel dar. Die Besteuerung von Milchalternativen und Milch tierischen Ursprungs soll daher harmonisiert werden und einheitlich 10 % betragen.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Anwendung desselben USt.-Satzes wie bei Kuhmilch; generell sollte die Konzeption der Mehrwertsteuer, die regressiv wirkt, überdacht und geändert werden. Das bedürfte einer

umfassenden Erörterung. Jedenfalls sollte es keine Unterschiede bei Lebensmitteln nach den Zutaten geben!"

KEINE: JA

Erläuterung: „Da mittlerweile die essentiellen Nährstoffe mit den pflanzlichen Kuhmilchalternativen abgedeckt werden können und auch sonst vieles für den Umstieg auf pflanzliche Milchprodukte spricht, setzen wir uns für eine Einstufung als Grundnahrungsmittel ein. Dafür braucht es natürlich eine saubere gesetzliche Definition von Pflanzenmilchprodukten, um Missbrauch zu vermeiden.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Ja, da sind allerdings noch ein paar Schritte zu gehen. Einerseits gibt es eine EU-Verordnung, die dem zugrunde liegt. Die muss spätestens in den nächsten Verhandlungen der EU zur gemeinsamen Agrarpolitik geändert werden und dafür setzen wir Grüne uns auch ein. Dort, wo wir etwas tun konnten, haben wir auch geliefert. Zum Beispiel bei der Novelle der Schulprogramm-Verordnung, wo etwa Hafer- und Sojadinks zum Beispiel bei Verkostungen seit Herbst 2023 auch förderfähig sind.“

SPÖ: JA

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Das Schulmilchprogramm hat gute Erfolge gezeigt, andererseits werden damit über komplizierte Finanzierungswege sehr viele Verantwortlichkeiten vermischt. Wir wünschen uns hier mehr Schulautonomie, sodass jede Schule auch individuell auf den Bedarf und die Wünsche der Schülerschaft eingehen kann.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Solange es diese Programme gibt – wenn Pflanzenmilch einbezogen wird, werden diese Programme bald enden – sollte es eine Wahlmöglichkeit geben; wichtig ist jedenfalls, dass Kinder (und alle Menschen) genug trinken; das können auch Wasser oder Tees sein!“

KEINE: JA

Erläuterung: „Ja (als Kuhmilchersatzprodukte). Der Zweck des Schulmilchprogramms ist die Förderung von gesunder Ernährung und deren Zugänglichkeit für alle. Auf Basis des derzeitigen Wissensstands ist der übermäßige Verzehr von Kuhmilchprodukten nicht gesundheitsförderlich, weshalb eine

Aufnahme von pflanzlichen Milchalternativen zu begrüßen wäre. Außerdem gibt es auch für Kinder viele mögliche Gründe, sowohl ethisch als auch gesundheitlich, um auf Kuhmilch verzichten zu wollen.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Kasernen ein Recht auf eine vegane Option geben, d. h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Wir haben in der vergangenen Gesetzgebungsperiode bereits den „Klimateller“ in Großküchen des Bundes festgeschrieben. Das heißt, dort gibt es ein verpflichtendes Angebot einer vegetarischen oder veganen Speise, und das sogar mit einer regionalen und saisonalen Bio-Hauptzutat. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn sich die Bundesländer dem auch verpflichten. Wir setzen uns jedenfalls dafür ein, dass es künftig in allen öffentlichen Einrichtungen auch ein Recht auf eine rein pflanzliche, also eine vegane, Speiseoption geben soll.“

SPÖ: JA

NEOS: NICHT ANWENDBAR

Erläuterung: „Ein Recht auf diese Option ist in sehr kleinen Krankenhäusern organisatorisch wegen der Planungssicherheit für Einkauf, Speisepläne schwierig einzuführen. Wichtig wäre z. B. bei geplanten Eingriffen, dass vegane Ernährung angegeben werden kann, sodass sich Krankenhäuser darauf einstellen und das Angebot zur Verfügung stellen können. Hier bevorzugen wir ganz klar informelle und bürokratisch einfachere Lösungen.“

FPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Es braucht in öffentlichen Kantinen ein breiteres Angebot an nachhaltigen, regionalen und Bio-Produkten. Ein „Recht“ auf eine bestimmte Form der Zubereitung oder Qualität wäre jedoch überschießend.“

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Selbstverständlich! Ernährung ist ein Grundbedürfnis, Produkte von toten Tieren oder Produkte, die mit dem Tod von Tieren verbunden sind, werden immer häufiger abgelehnt. Das muss beachtet werden.“

KEINE: JA

Erläuterung: „Besonders in Gesundheitseinrichtungen sowie in Bildungseinrichtungen ist eine vegane Auswahl von Vorteil, dass sie kranken sowie jungen Menschen eine gesunde Ernährung näherbringen. Es ist erwiesen, dass zu viel tierische Kost bei gesundheitlichen Beschwerden nicht förderlich (beispielsweise entzündungsfördernd) ist. Außerdem gäbe es hier eine nationale Möglichkeit, den Bodenverbrauch und die Treibhausgasemissionen durch tierische Lebensmittelproduktion schlagartig zu reduzieren, wenn diese Ernährungsoption bundesweit ausgerollt wird. Zusätzlich sollen Kantinen öffentlicher Einrichtungen Auflagen bezüglich der Verwendung von regionalen Bio-Produkten bekommen, denn auch diese sind gesünder für Mensch, Tier und Planet.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

8. Ist Ihre Partei für eine Subventionierung der Agrarförderungen in Richtung biologisch/pflanzlich?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Wir wollen, dass die Agrarförderungen völlig neu strukturiert werden. Aktuell wird nach der Größe der Fläche gefördert, das gehört geändert. Wir wollen, dass sich die Förderungen an Themen wie dem ökologischen Mehrwert, am Tierschutz und an guten Arbeitsplätzen orientieren. Das würde dann dazu führen, dass biologisch wirtschaftende Betriebe stärker als bisher und stärker als konventionelle Betriebe von den Förderungen profitieren. Belohnt werden sollen etwa Maßnahmen wie ein Verzicht auf Pestizide, die Reduktion des Tierbestands, die Erhöhung des Tierwohls, die Erhöhung der Biodiversität, eine Kulturlandschaftspflege oder aber auch eine Minimierung der Umweltauswirkungen. Wir sind auch gegen Investitionsförderungen für Stallungen auf dem gesetzlichen Mindestniveau, sondern Förderungen ausschließlich für den Umbau von bestehenden Ställen auf ein höheres Tierschutzniveau bei maximal gleichbleibendem oder sinkendem Tierbestand. Darüber hinaus setzen wir uns für Umstiegsprogramme für Betriebe mit tierischer Produktion auf pflanzliche Produktion ein. Insbesondere für schweinehaltende Betriebe ist das sehr relevant. Da gibt es zumeist große Ackerflächen, die direkt, etwa zum Gemüseanbau, genutzt werden könnten.“

SPÖ: JA

Erläuterung: „Die SPÖ tritt für eine Umschichtung der Agrar-Fördermittel zugunsten nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktion in allen Bereichen ein, insbesondere für mehr Tierwohl, weniger Pestizid-Einsatz und mehr Bio-Landwirtschaft.“

NEOS: JA

Erläuterung: „Wir NEOS setzen uns auf EU-Ebene für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein, die kleinteilige, nachhaltige Landwirtschaft stärker fördert. Angesichts der 190 Milliarden Euro an Direktzahlungen für 2023–2027 fordern wir, dass diese Mittel nicht mehr primär nach Flächenbesitz verteilt werden, sondern nachhaltige Anbaumethoden sowie kleine und mittlere Betriebe stärker unterstützen. Dies würde besonders Österreich zugutekommen, da wir von einer

zielgerichteteren Agrarpolitik im Vergleich mit großen Ländern wie Frankreich oder Deutschland profitieren würden.“

FPÖ: NICHT ANWENDBAR

KPÖ: JA

Erläuterung: „Höhere Förderungen für pflanzliche und biologische pflanzliche Lebensmittel sind aus Sicht der KPÖ sinnvoll.“

LMP: JA

Erläuterung: „Hier bedarf es einer grundsätzlichen Änderung, die aber sehr schwer zu realisieren sein wird. Weltweit werden etwa vier Fünftel der Ackerflächen für Tierfutter genutzt, oft auch vernichtete Regenwald-Flächen. Um eine Kalorie Fleisch zu erzeugen, müssen je nach Art etwa 12x bis 15x so viele Kalorien Pflanzenfutter (Soja, Bruchreis etc.) aufgewendet werden. DAS verursacht zusammen mit der ungerechten Verteilung von Vermögen (Flächen) den Hunger auf der Erde. Die Hälfte bis zwei Drittel der Fleischproduktion werden aufwendig entsorgt, daher gibt es hier wirklich Einsparungspotenzial. Es ist absurd, Green Deals oder CO₂-Klimaschutz-Programme auszurufen, aber diesen Bereich der Verschwendung und der Emissionen auszuklammern. Produkte, die so viel Zerstörung verursachen, müssen reduziert werden, die Konsument:innen besser informiert werden. Auch die Größe von Landwirtschaften sollte nicht länger bestimmendes Kriterium für Förderungen sein, sondern die Art der nachhaltigen, giftfreien und emissionsarmen Produktion. Auch der Einsatz von fair entlohnten (menschlichen) Arbeitskräften sollte bei Förderungen ein maßgebliches Kriterium sein. Solange Wirtschaftssysteme den freien Warenverkehr etc. auch auf Tiere und Lebensmittel beziehen, sind Änderungen durch die Regierenden kaum zu erwarten bzw. extrem schwierig. Es müssen starke Impulse der Bürger:innen, also „von unten“ zu einem Umdenken führen. Es lohnt sich jedenfalls, dies zu unterstützen!“

KEINE: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Subventionen führen dazu, dass Großkonzerne weiterhin viel zu niedrige Preise (unter den Produktionspreisen) von Landwirt:innen verlangen können, wodurch ihre Profite im Endeffekt durch Steuergeld finanziert werden. Außerdem profitieren davon insbesondere große landwirtschaftliche Betriebe, da die derzeitigen Subventionen an Nutzungsfläche gebunden sind. Wir sind der Meinung, dass Mensch, Tier und Planet über Profit stehen sollen. Das bedeutet, dass kleinstrukturierte und biologische Landwirtschaft gefördert werden muss und dass Landwirt:innen für ihre Arbeit fair entlohnt werden sollen, ohne von Subventionen abhängig zu sein. Deswegen fordern wir stattdessen Mindestpreise für (biologische) Lebensmittel, die über den Produktionspreisen liegen.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

9. Ist Ihre Partei für die Erhöhung oder gezielte Förderung der Bio-Quote in der Gemeinschaftsverpflegung? Wenn ja, durch welche Maßnahmen?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Durch unseren Einsatz ist es gelungen, die Bio-Quote im Aktionsplan nachhaltige Beschaffung (naBe) festzuschreiben: mit 25 % seit 2023, 30 % ab 2025 und 55 % ab dem Jahr 2030. Das ist für den Bund im Rahmen einer Selbstverpflichtung umzusetzen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang etwa auch für ausreichend Budgetmittel für den Einkauf von Bio-Lebensmitteln, für eigene Bio-Ausschreibungen und natürlich für eine kompetente Beratung von Großküchen bei der Umstellung ein. Bei dieser Beratung soll es auch etwa darum gehen, wie man einen höheren Bio-Anteil möglichst kostenschonend umsetzen kann. Wir wollen, dass der Aktionsplan nachhaltige Beschaffung künftig auch für Länder und Gemeinden umzusetzen ist. Und der festgeschriebene Bio-Anteil von 55 % ab 2030 ist noch lang nicht das Ende der Fahnenstange, insofern setzen wir uns natürlich für eine stetige Erhöhung des Bio-Anteils ein.“

SPÖ: JA

Erläuterung: „Gemeinschaftsverpflegung ist für die SPÖ ein zentraler Aspekt der Ernährungssicherheit, der nachhaltig, gesund und sozial gerecht gestaltet sein muss. Wir setzen uns für die Verwendung regionaler und ökologischer Produkte in Kantinen, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein. Die SPÖ sieht in der Gemeinschaftsverpflegung einen wichtigen Beitrag zur Förderung gesunder und nachhaltiger Essgewohnheiten. Aus diesem Grund ist uns das verpflichtende Angebot eines kostenlosen, gesunden und warmen Kindergarten- und Schulmittagessens besonders wichtig. Das hat auch mit unserer Vision einer gerechten Gesellschaft zu tun.“

NEOS: JA

Erläuterung: „In der Gemeinschaftsverpflegung ist eine gezielte Förderung der Bio-Quote ein richtiger Ansatz, da es wichtig ist, dass das Essen dort regional und gesund ist. Wir fordern klare (zusätzliche) legislative Vorgaben zum Aktionsplan für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung vonseiten der Regierung und gesetzliche Anpassungen, die rechtlich dazu verpflichten, bestimmte Mindestkriterien einhalten, die zumindest eine angemessene Bio-Quote umfassen.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Es braucht eine ressortübergreifenden Zukunftsstrategie zur Stärkung der Bio-Landwirtschaft in Österreich. Gleichzeitig muss die Politik aber auch mit gutem Beispiel vorangehen. Umso verheerender ist die Optik daher, wenn Bundeskanzler Nehammer dazu rät, möglichst billige Burger zu essen, während im Verteidigungsministerium für unsere Soldaten nur ein Bioanteil von knapp 1,5 % erreicht wird.“

KPÖ: JA

Erläuterung: „Wichtig ist, dass qualitativ hochwertige Nahrungsmittel für alle Menschen erschwinglich sind.“

LMP: JA

Erläuterung: „Freilich ist eine Erhöhung nötig, aus ökologischen Gründen und zur Senkung der Emissionen aus der Produktion und dem Einsatz von Düngemitteln etc. Zudem geht es hier auch um die Gesundheit der Menschen.“

KEINE: JA

Erläuterung: „Ja, weil dadurch im großen Umfang Biobauern und -bäuerinnen gestärkt und Tierleid sowie Treibhausgasemissionen verringert werden können.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

Das AMA-Marketing nimmt über seine Mitglieder Beiträge ein und verwendet diese für die Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert.

10. Ist Ihre Partei dafür, österreichische SojaherstellerInnen ins AMA-Marketinggesetz aufzunehmen?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Ja, selbstverständlich. Wir haben mit einer Novelle im Jahr 2023 überhaupt erst möglich gemacht, dass die AMA für Ackerbauprodukte wie Getreide und Hülsenfrüchte auch Werbung machen kann. Insofern sind wir stark dafür, dass die AMA dies nun auch macht und Hülsenfrüchte inklusive Soja und Sojaprodukte aus heimischem Anbau eigens bewirbt.“

SPÖ: JA

Erläuterung: „Die SPÖ setzt sich bei den AMA-Gütesiegel-Produkten für Gentechnikfreiheit über den gesamten Herstellungsprozess hinweg ein.“

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Das ist unserer Ansicht nach keine politische Frage mehr. Durch die letzte Novelle des AMA-Marketinggesetzes sind Landwirte seit 2023 dazu verpflichtet, auch für Ackerflächen Marketingbeiträge zu entrichten. Mit dieser Ausweitung des AMA-Marketingbeitrags wurden prinzipiell auch Äcker einbezogen, auf denen Soja angebaut wird, da Soja als Ackerfrucht zu betrachten ist. Sojabauern müssen dementsprechend einen Beitrag für ihre Ackerflächen bezahlen und haben damit einen Anspruch auf eine entsprechende Gegenleistung der AMA-Marketing. Insofern hat die AMA-Marketing ihrer Verpflichtung nachzukommen und muss damit selbstverständlich ihre Marketingtätigkeiten auch in Bezug auf Soja ausweiten.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Die Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH mit ihrem AMA-Gütesiegel ist eine Medaille mit zwei Seiten. Einerseits bietet sie die EU-rechtskonforme Variante einer „Quasi-Herkunftskennzeichnung“. Freilich ist das keine wirkliche Herkunftskennzeichnung, aber für den Konsumenten ist es eine minimale Orientierungshilfe. Auf der anderen Seite macht die AMA-Marketing Werbung für die zertifizierten Produkte. Während die simulierte Herkunftskennzeichnung vielleicht einen Mehrwert für die Bauern zu schaffen vermag, denn die Kunden wollen heimische Produkte und können

sie so besser erkennen, kommt die Werbung der AMA-Marketing jedoch in erster Linie dem Einzelhandel zugute. Ob dieser in der von den Bauern finanzierten AMA-Werbung einen Mehrwert sieht, darf angesichts der Zunahme von im Einzelhandel selbst entwickelten Gütesiegeln bezweifelt werden. Die Bauern finanzieren mit ihren Mitgliedsbeiträgen eine „Quasi-Herkunftskennzeichnung“ und Werbung. Vom Handel vergütet wird ihnen jedoch nur die „Quasi-Herkunftskennzeichnung“.

KPÖ: JA

LMP: JA

Erläuterung: „Soja aus Österreich erfüllt die oben skizzierten Kriterien.“

KEINE: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Wir stehen für eine grundsätzliche Reform des AMA-Marketinggesetzes, da dieses nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Diese Reform müsste mit einem Expert:innen-Gremium erarbeitet werden. Darin kann die Förderung von heimischem Soja eine Rolle spielen, auf eine konkrete Antwort können wir uns ohne das Einholen von breiter Expertise aber nicht festlegen.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie es uns zu!

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Tierschutz ist ein zentrales Grünes Anliegen, insofern ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns dem auch im Rahmen eines eigenen Programms widmen. Das gibt es natürlich auch auf unserer Website: [gruene.at/organisation/partei/programm/](https://www.gruene.at/organisation/partei/programm/). Es gibt außerdem ein eigenes Tierschutz-Kapitel im Grünen Grundsatzprogramm und für Wahlen wie die Nationalrats- oder die EU-Wahl regelmäßig ein eigenes Kapitel zum Tierschutz. Das ist auch im aktuellen Wahlprogramm der Grünen zur Nationalratswahl im September 2024 wieder der Fall. Dass Tierschutz bei den Grünen eine zentrale Rolle spielt, sieht man etwa auch daran, dass wir mit dem Grünen Tierschutzforum als einzige Partei eine eigene Organisation für Tierschutz und Ernährung haben.“

SPÖ: JA

Erläuterung: „Die SPÖ setzt sich auf allen Ebenen für mehr Tierschutz und Tierwohl ein und arbeitet aktiv daran, insbesondere im Nutztierbereich Haltungsverbesserungen und strengere Vorschriften bei Nutztiereingriffen und Tiertransporten zu erreichen.“

NEOS: JA

Erläuterung: „Wir setzen uns für das Wohl der Tiere ein, haben eine eigene Abgeordnete, die sich dem Thema engagiert widmet und haben in der vergangenen Legislaturperiode dementsprechend auch viele Anfragen und Anträge eingebracht, die das Engagement in diesem Bereich untermauern. Es ist uns wichtig, transparente und evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen, die das Wohl der

Tiere nachhaltig gewährleisten. Dazu gehören unter anderem folgende Entschließungsanträge: „Export von trächtigen Rindern nach Algerien stoppen“, „2 Jahre Tierschutzvolksbegehren: Entschließung JETZT umsetzen!“, „Paket ‚Sichere Hundehaltung in Österreich‘“, „Aufklärung im Rahmen des Schulmilchprogramms“, „Pflanzliche Alternative im Schulmilchprogramm“, „Beauftragung einer Studie für evidenzbasierte Maßnahmen für den Einsatz von Arbeitspferden ab 30 Grad Lufttemperatur“, „Monitoring Tierschutzrat“. Im Heimtierbereich setzen wir uns gegen den illegalen Welpenhandel und gegen Qualzucht ein, letztere hätte unserer Ansicht nach in der letzten Tierschutznovelle auch für Nutztiere verboten werden sollen. Im Nutztierbereich plädieren wir seit Jahren für ein ehestmögliches Ende der Vollspaltenböden unter Berücksichtigung der Machbarkeit für die Landwirt:innen. Das derzeit oftmals vorherrschende Thema Wolf sollte unserer Meinung nach durch ein besseres Herdenschutzprogramm und Aufklärung angegangen werden. Problemwölfe, die Nutztiere reißen oder Menschen gefährden, sollten nach Prüfung entnommen werden dürfen, eine Senkung des Schutzstatus halten wir jedoch für nicht zielführend.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Siehe Wahlprogramm der FPÖ“

KPÖ: JA

Erläuterung: „Im Wahlprogramm ist Tierschutz im Kapitel Klima und Ökologie angeführt: kpoe.at/oe-kologie-klima/.“

LMP: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „LMP wurde am 14. Mai 2024 gegründet und ist dabei, Detail-Programme auszuarbeiten. So viel vorweg: Es geht vor allem um EIGENE Rechte von Tieren, d. h. um Parteistellung von Tierschutz-Organisationen in allen Verfahren im Zusammenhang mit Tieren. Und es geht um ALLE Tiere, um Haustiere, sogenannte Nutztiere, Versuchstiere, Wildtiere und jene Tiere, die fälschlich als „Schädlinge“ bezeichnet werden. Ihre Rechte sind grundsätzlich zu schützen; Formen der Nutzung von Tieren dürfen nie den elementaren Bedürfnissen der jeweiligen Arten und Individuen widersprechen. Ein weiter Weg, ein notwendiger Weg!“

KEINE: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Wir haben aktuell kein spezifisches Tierschutzprogramm. Unsere Positionen zum Thema Tierschutz leiten sich aus unseren Grundsatzprogrammen ab. Schritt 15 von unserem 100-Schritte-Programm fordert beispielsweise das Ende der Massentierquälerei, indem der Mindestplatz pro Tier vervierfacht wird, Tiertransporte nicht mehr über 50 Kilometer betragen dürfen, Spaltböden verboten und neugeborene Tiere nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen der Mutter weggenommen und/oder getötet werden dürfen.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit den folgenden Zielen gesetzt werden?

- **Reduktion des Konsums von Fleisch**

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

FPÖ: NICHT ANWENDBAR

KPÖ: JA

LMP: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

- **Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln**

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

FPÖ: NICHT ANWENDBAR

KPÖ: JA

LMP: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

- **Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln**

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Wir arbeiten kontinuierlich an der Ernährungswende hin zu einer deutlich pflanzenbetonen Ernährung. Da geht's aber nicht darum, irgendjemandem etwas vorzuschreiben, sondern es geht um den Schutz des Klimas, der Tiere und unserer eigenen Gesundheit. In der vergangenen

Periode ließ der Grüne Gesundheitsminister Johannes Rauch etwa die österreichischen Ernährungsempfehlungen überarbeiten. Diese enthalten nun deutlich weniger Fleisch, Fisch und Milch bzw. Milchprodukte. Dafür sind Hülsenfrüchte erstmals explizit genannt und der Anteil pflanzlicher Lebensmittel wurde deutlich erhöht. Die Ernährungspyramide wurde um ein Tellermodell ergänzt, das pflanzliche Lebensmittel in den Mittelpunkt stellt. Das Gesundheitsministerium und die Österreichische Gesellschaft für Ernährung (ÖGE) haben darüber hinaus Empfehlungen zur veganen Ernährung veröffentlicht. Damit steht ein „How to“ für gesunde vegane Ernährung für alle Praktiker:innen zur Verfügung. Außerdem haben wir im Aktionsplan nachhaltige Beschaffung das verpflichtende Angebot eines vegetarischen oder veganen Gerichts mit einer Bio-Hauptzutat verankert. Wir kämpfen nun für die weitere Förderung einer pflanzenbetonten Ernährung, unter anderem mit der Umsteuerung bei den Agrarförderungen, dem Recht auf eine rein pflanzliche Ernährung in allen öffentlichen Einrichtungen, der Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von pflanzlichen Alternativen und vielen weiteren Maßnahmen, die es aus unserer Sicht noch zu setzen gilt.“

SPÖ: JA

Erläuterung: „Aus gesundheitspolitischen Erwägungen ist eine ausgewogene Ernährung, die nur ein gewisses Maß an Fleischkonsum beinhaltet, zu empfehlen (siehe Frage 5).“

NEOS: JA

Erläuterung: „Aus Sicht von NEOS müssen zur Erreichung der Klimaziele die großen Schalthebel bewegt werden, zum Beispiel in Form einer ambitionierten CO₂-Bepreisung, des Ausbaus der öffentlichen Mobilität, eines revolutionierten erneuerbaren Energiesystems und einer bindenden CO₂-Bremsen. Ergänzend dazu kann auch pflanzliche Ernährung einen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen leisten. NEOS wollen diesbezüglich innovativen Technologien, die einen Beitrag dazu leisten können, den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu verringern und umweltschonende Fleischalternativen zu etablieren, keine Steine in den Weg legen. Außerdem haben wir bereits Ideen vorgestellt, um den Verzehr pflanzlicher Lebensmittel zu fördern, bspw. eine Anpassung des Steuersatzes auf pflanzliche Milchalternativen auf 10 %. Zudem wollen wir eine zukunftsorientierte Agrarpolitik, welche die Fördermittel stärker an Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien bindet und regionale sowie pflanzliche Produktion fördert.“

FPÖ: NICHT ANWENDBAR

Erläuterung: „Eine staatliche Bevormundung hinsichtlich der Ernährungsform lehnen wir ab.“

KPÖ: JA

LMP: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Siehe dazu oben zu den Agrar-Subventionen: Ohne Einbeziehung der tierischen Lebensmittel, der Tierhaltung und der Futtermittel-Produktion gibt es keinen Green Deal, ist der „Klimaschutz“, der vorrangig auf industrielle Erzeugnisse (E-Autos statt Verbrennungs-Motoren), zum Scheitern verurteilt.“

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit den folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

NEOS: JA

FPÖ: NEIN

KPÖ: JA

LMP: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

NEOS: JA

FPÖ: NEIN

KPÖ: JA

LMP: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

SPÖ: JA

Erläuterung: „Die SPÖ ist für eine laufende Evaluierung der Agrarfördermittel und für notwendige Umschichtungen anhand des sich verändernden Bedarfs, um Entwicklungen zielgerichtet aufgreifen zu können (siehe Frage 12).“

NEOS: JA

Erläuterung: „Aufgrund der Relevanz von gesunder Ernährung waren diese Ziele auch lang Teil der Budgetziele und sollten beispielsweise durch eine Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Ernährung auch verfolgt werden.“

FPÖ: NEIN

Erläuterung: „Gesundheit ist nach individuellen Gesichtspunkten zu beurteilen und darf nicht staatlich verordnet werden.“

KPÖ: JA

LMP: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Primär ist viel mehr Aufklärung nötig. Änderungen im Verhalten sollten freiwillig, bewusst erfolgen; Anreize sind legitim, müssen aber erklärt werden. Jahrzehnte der falschen Informationen – Fleischmengen etc. als Indiz für hohen Lebensstandard – lassen sich nicht über Nacht wegwischen. Aber die Entwicklung in die richtige Richtung hat schon begonnen.“

KEINE: JA

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

14. Ist Ihre Partei für Proteinvierfalt, also dafür, dass verschiedenste Proteinquellen (tierisch, pflanzlich, zellbasiert) verfügbar sein sollten und es den KonsumentInnen überlassen sein sollte, was sie am liebsten essen?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Es soll den Menschen selbst überlassen sein, was sie am liebsten essen. Aufgabe der Politik ist es, über die Parameter und die Vorteile einer gesunden und ökologischen Ernährung aufzuklären. Und natürlich, diese so einfach wie möglich zugänglich zu machen und für Lebensmittelsicherheit zu sorgen. Bei den zellbasierten Proteinen ist wichtig, dass im Sinne der Lebensmittelsicherheit auf mögliche Risiken geprüft wird und es eine Kennzeichnung, etwa im Hinblick auf Allergene, gibt.“

SPÖ: JA

NEOS: JA

Erläuterung: „NEOS setzen sich für die Forschung und Entwicklung von Alternativen zu Fleisch-, Fisch- und Milchprodukten ein, um die Herstellung und den Konsum von Billigprodukten zu verringern und das Leid von Tieren zu minimieren. Dabei ist es uns wichtig, die Konsument:innen nicht zu bevormunden, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, auf Grundlage umfassender Informationen bewusste Entscheidungen zu treffen.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Die FPÖ lehnt eine staatliche Bevormundung die Ernährung betreffend ab.“

KPÖ: JA

LMP: JA

KEINE: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Konsument:innenpreise der derzeit verfügbaren Proteinquellen (tierisch, pflanzlich, zellbasiert) den wahren Produktionskosten (inklusive aller sichtbaren und unsichtbaren Nebenkosten) entsprechen. Damit würden tierische und zellbasierte Produkte teurer werden und ein Fokus auf pflanzliche Proteinprodukte gefördert werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass alle Menschen Zugang zu vollwertiger Ernährung haben, dass Proteinvielfalt also leistbar ist – insbesondere auch ohne tierische Produkte.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

In Dänemark unterstützt die Politik die pflanzliche Proteinwende. Insgesamt werden über 300 Mio. € in die Hand genommen, um LandwirtInnen den Umstieg auf den Anbau von Hülsenfrüchten für den menschlichen Verzehr zu ermöglichen und LebensmittelherstellerInnen zu unterstützen, diese zu verarbeiten. In Österreich wächst die Nachfrage nach pflanzlichen Produkten und teilweise muss Erbenprotein aus dem Ausland importiert werden.

15. Ist Ihre Partei für ein Programm mit ähnlicher Zielsetzung, durch das die pflanzliche Proteinwende gefördert und LandwirtInnen beim Umstieg unterstützt werden?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: JA

Erläuterung: „Wie bei Frage 8 bereits angeführt, setzen wir uns für ein Umstiegsprogramm von der tierischen in die pflanzliche Produktion ein. Dies muss auch einhergehen mit der Förderung von möglichst regionalen Verarbeitungsbetrieben für Lebensmittel aus Hülsenfrüchten.“

SPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Siehe Frage 13.“

NEOS: JA

Erläuterung: „Ein solches Programm würde dazu beitragen, die Produktion von pflanzlichen Proteinen zu steigern, die Abhängigkeit von importierten Futtermitteln zu reduzieren und gleichzeitig innovative, nachhaltige Anbaumethoden zu fördern. Wir sehen darin eine Chance, sowohl die Umwelt zu entlasten als auch die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu stärken.“

FPÖ: KEINE (EINDEUTIGE) ANTWORT

Erläuterung: „Um die heimische Versorgungssicherheit generell und im Speziellen auch Proteine betreffend in Zukunft gewährleisten zu können, fordert die FPÖ einen Agrargipfel zum Thema Ernährungssouveränität.“

KPÖ: JA

LMP: JA

KEINE: JA

Erläuterung: „Wie in unserem 100-Schritte-Programm festgehalten ist, wollen wir Landwirtschaft regionalisieren (Schritte 27, 55, 83). Wenn der Bedarf an Hülsenfrüchten wächst – was aus Gründen des Tierwohls und der Klimakrise wünschenswert ist – muss natürlich die heimische Proteinwende gefördert werden.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT

Im Juli 2024 hat ein französisches Unternehmen den Antrag auf Zulassung von kultivierter Stopfleber („Foie Gras“) für den Verkauf in der EU gestellt. Dieses Lebensmittel wird nun von der europäischen Behörde EFSA, die für Lebensmittelsicherheit zuständig ist, gründlich auf Sicherheit, Nährwerte usw. überprüft.

16. Ist Ihre Partei für ein nationales Verbot von kultivierten Tierprodukten in Österreich, auch wenn diese von der EFSA als sichere Lebensmittel eingestuft werden?

JA | NEIN | KEINE POSITION / ANDERES | NICHT ANWENDBAR

GRÜNE: NEIN

Erläuterung: „Wir stehen für eine Wende in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung. Ein tiefgehender, zukunftsorientierter Umbau des Systems in all seinen Aspekten ist nötig. Denn die industrielle Massentierhaltung und der viel zu hohe Fleischkonsum bringen große Probleme für die Menschen, für Tiere und für unseren Planeten. Wir sind der Überzeugung, dass eine solche systemische Wende nicht nur mit Ersatzprodukten allein gelöst werden kann. Fleisch aus Zellkulturen soll aber, wie vorgesehen, im Rahmen der EU-Verordnung über Neuartige Lebensmittel zugelassen werden, wenn es die Voraussetzungen erfüllt. Etwaige Risiken für Umwelt und Gesundheit werden geprüft. Es besteht daher kein Bedarf an einer Änderung oder an einem Verbot.“

SPÖ: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Der Antrag auf Zulassung von kultivierter Stopfleber zeigt das Potential dieser Methode, um Tierleid zu verhindern. Es ist jedoch wichtig, dass alle maßgeblichen Stellen die Fragen der Lebensmittelsicherheit ausführlich beleuchten und die Entwicklungen in diesem Bereich ausreichend beobachten.“

NEOS: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Unsere Partei ist zwar gegen kultivierte Tierprodukte, jedoch sind wir der Ansicht, dass dieses Problem EU-weit angegangen werden sollte. Ein nationales Verbot würde wenig bringen. Zudem sollte man mehr auf Aufklärung als auf Verbote setzen. Die Einführung von kultivierten Tierprodukten stellt eine Veränderung in unserer Ernährungskultur dar, die sorgfältig geprüft und diskutiert werden sollte.“

FPÖ: JA

Erläuterung: „Derzeit kann über die gesundheitlichen Auswirkungen von In-vitro-Fleisch aus der Petrischale nur spekuliert werden, zumal dieses bisher nur wenige Menschen konsumiert haben. Um die gesundheitlichen Auswirkungen auf den Körper beurteilen zu können, bräuchte es aber Jahre, wenn nicht Jahrzehnte kontrollierten Konsums. Die FPÖ lehnt daher das Inverkehrbringen von Laborfleisch bis zum Ausschluss jedweder gesundheitlicher Bedenken aus.“

KPÖ: JA

LMP: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Grausame Tierhaltung, Transporte, Schlachthäuser etc. schockieren immer mehr Menschen, werden immer öfter abgelehnt. Ob künstlich erzeugte Tierproteine den Weg in Richtung pflanzlicher Produkte verzögern oder eine Zwischenstufe für zögernde Menschen sein können, ist fraglich. Nötig sind diese Produkte sicher nicht, aber ein Verbot könnte kontraproduktiv wirken ...“

KEINE: KEINE POSITION / ANDERES

Erläuterung: „Da der derzeitige Ressourcen- und Energieaufwand für die Herstellung kultivierter Tierprodukte sehr hoch und eine baldige Reduktion nicht abschätzbar ist, können wir noch nicht sagen, ob wir diese befürworten oder nicht. Ein nationales Verbot ist aus heutiger Sicht nicht gerechtfertigt. Wir sehen allerdings kultivierte Tierprodukte keinesfalls als Ersatz für vermehrte pflanzliche Ernährung.“

ÖVP: KEINE ANTWORT

BIER: KEINE ANTWORT